



Medienmitteilung vom 10. März 2016

53. Plenarkonferenz der Ostschweizer Kantonsregierungen (ORK) auf der Schwägalp

Ostschweiz muss im Bundesrat vertreten sein

Die Ostschweizer Kantonsregierungen pochen auf eine Ostschweizer Vertretung in der Landesregierung und erwarten, dass dies bei der nächsten Vakanz berücksichtigt wird. Ferner sprachen sich die Regierungen an ihrer 53. Plenarkonferenz auf der Schwägalp (AR) gegen einen Abbau der Regionalredaktionen in der NZZ-Gruppe sowie gegen Zollstellenschliessungen im Ostschweizer Raum aus. Unterstützt wird eine Stärkung des Ausbildungsangebotes für Ärztinnen und Ärzte in der Ostschweiz.

Ostschweiz im Bundesrat

Die Ostschweizer Regierungskonferenz bedauert die fehlende Vertretung ihres Landesteils im Bundesrat und erwartet, dass die Ostschweiz aufgrund ihrer Grösse und Bedeutung bei der nächsten Vakanz zwingend berücksichtigt wird. Die Bundesverfassung hält in Art. 175 Abs. 4 fest, dass bei der Zusammensetzung und Wahl des Bundesrates die Landesgegenden und Sprachregionen angemessen vertreten sind. Die ORK wird ihre Erwartung der Nationalratspräsidentin sowie den Präsidien der vier Bundesratsparteien zukommen lassen.

Keine Schliessung von Ostschweizer Zollstellen

Der Bundesrat will mit dem Stabilisierungsprogramm 2017-2019 seine Ausgaben ab dem Jahr 2017 um bis zu einer Milliarde Franken reduzieren. Die Ostschweizer Kantone wären dabei durch die Schliessung von vier Zollstellen betroffen: Barga (Schaffhausen), Romanshorn (Thurgau) sowie St.Gallen und Buchs (St.Gallen). Die Ostschweizer Kantonsregierungen sind überzeugt, dass der vorgesehene Leistungsabbau beim Zoll erheblichen Schaden für die Grenzregion Ostschweiz zur Folge hätte. Im Falle von Barga nähme der Ausweichverkehr massiv zu und führte zur Überlastung der Zollstelle Thayngen, mit der Schliessung der Zollstelle Romanshorn wäre die Fährverbindung Romanshorn-Friedrichshafen in ihrer Existenz gefährdet und mit einer Aufhebung der Zölle in St.Gallen und Buchs entstünden längere Wartezeiten an der Grenze. Dies ist unannehmbar. Die Ostschweizer Kantonsregierungen fordern daher den Bundesrat auf, von den Zollschiessungen in der Ostschweiz abzusehen.

Ostschweizer Regierungskonferenz

Sekretariat
c/o Staatskanzlei
Regierungsgebäude
9001 St. Gallen

Telefon +41 58 229 32 18
Fax +41 58 229 39 55
www.ork-ostschweiz.ch

Kein Abbau bei Regionalredaktionen

Besorgt und enttäuscht haben die Ostschweizer Kantonsregierungen die jüngsten Entwicklungen zur Umstrukturierung des St.Galler Tagblatts zur Kenntnis genommen. Die NZZ-Gruppe stellt die Zeitungen des Tagblatt-Verbundes sowie die Luzerner Zeitung redaktionell unter eine publizistische Leitung. Langfristig sollen die beiden Zentralredaktionen St.Gallen und Luzern zusammengeführt und die überregionalen Inhalte der Zeitungen von einer gemeinsamen Redaktion produziert werden.

Die ORK erwartet, dass die Stimmen aus den Ostschweizer Kantonen in den verschiedenen Tagblatt-Ausgaben weiterhin in allen Ressorts zur Geltung kommen. Auch in Zukunft sollen Vertreterinnen und Vertreter aus den ORK-Kantonen zu überregionalen und nationalen Themen zu Wort kommen. Aus Sicht der ORK darf es keinesfalls zu einem Abbau bei den Regionalredaktionen kommen, weil diese entscheidend sind für den Erfolg und die Qualität der Zeitung vor Ort.

Ostschweizer Ausbildungsplätze für Ärzte

Die Ostschweizer Kantonsregierungen nahmen Kenntnis vom Projekt "Medical Master St.Gallen". In der Ostschweiz fehlt es einerseits an Studienplätzen im Fach Humanmedizin; andererseits wird die Rekrutierung von ausländischen Ärztinnen und Ärzten zunehmend schwieriger. Die ORK ist überzeugt, dass ein Ausbildungsangebot für Ärztinnen und Ärzte in der Ostschweiz deren Rekrutierung verbessert. Zudem kann sich die Ostschweiz so als Bildungs- und Wirtschaftsstandort profilieren. Die Ostschweizer Kantonsregierungen unterstützen den Effort des Kantons St.Gallen, Ausbildungsplätze für Ärztinnen und Ärzte in der Ostschweiz zu schaffen.

Neuer ORK Präsident

An der 53. ORK-Plenarkonferenz, die dieses Jahr auf der Schwägalp (Appenzell Ausserrhoden) stattfand, wurde Regierungspräsident Benedikt Würth (St.Gallen) für die Amtsdauer 2016-2020 zum neuen Präsidenten der ORK gewählt. Er übernimmt das Präsidium von Regierungspräsident Jakob Stark (Thurgau), welcher der ORK vier Jahre vorstand. Dem scheidenden ORK-Präsidenten waren die Pflege des Begriffs "Ostschweiz" sowie die Sessionsbesuche der ORK in Bern ein wichtiges Anliegen. Während seiner Amtszeit hat sich der ORK-Sessionsbesuch, der jeweils am ersten Sessionsmontag der eidgenössischen Räte in Bern stattfindet, als gut besuchte Veranstaltung etablieren können.

Der Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) gehören die Kantone Glarus, Schaffhausen, Appenzell A.Rh., Appenzell I. Rh., St.Gallen, Graubünden und Thurgau an. Der Kanton Zürich ist assoziiertes Mitglied.



Beilagen:

- Foto Regierungspräsident Jakob Stark (TG), Regierungspräsident Benedikt Würth (SG) und Landammann Matthias Weishaupt (AR)
- Erklärung der ORK zur neuen Struktur der NZZ-Regionalmedien
- Resolution zum Medical Master St.Gallen

Hinweis an die Redaktionen:

Weitere Auskünfte erteilt Regierungspräsident Jakob Stark (Thurgau, Präsident der ORK), Telefon: 079 746 44 26 oder 058 345 64 64.